

FBP: «Mit uns ist eine Streichung des 13. AHV-Lohns nicht machbar»

Sicherung der AHV Das FBP-Präsidium wehrt sich vehement gegen Pläne der Regierung, das Weihnachtsgeld für Rentner zu kürzen oder gar ganz abzuschaffen.

VON MICHAEL BENVENUTI

Fixierung des jährlichen Staatsbeitrages auf 50 Millionen Franken, höhere Kürzungen für Frührentner, Anpassungen der Renten an einen neuen Index sowie Anhebung der Beitragssätze von Selbstständigen und Arbeitgebern: Das sind die Hauptpunkte der geplanten AHV-Gesetzesrevision. Der Staat spart durch diese Massnahmen zwar Millionen ein, al-

lerdings hauptsächlich auf Kosten der AHV, deren Vermögen ohne Gegensteuer kontinuierlich schwinden wird. Das ursprüngliche Ziel, die langfristige finanzielle Sicherung der Alters- und Hinterlassenenversicherung, werde mit der Revision jedenfalls nicht erreicht, kritisierte AHV-Direktor Walter Kaufmann bereits im Februar.

Weihnachtsgeld als Puffer

Dessen ist sich auch die Regierung bewusst. Im Vernehmlassungsbericht - die Frist läuft übrigens noch bis kommenden Freitag - präsentiert das Ressort Soziales deshalb Strategien für die Zukunft. Unter anderem auch die Idee, den 13. AHV-Lohn als «Ausgabenbremse» zu verwenden. So könnte die 13. Monatsrente künf-

tig von der Leistungsfähigkeit des AHV-Fonds abhängig sein: Sinkt das Verhältnis des AHV-Fonds zur Jahresausgabe unter den Wert von 10, soll der 13. AHV-Lohn auf 50 Prozent gekürzt werden, sinkt dieser Wert unter 9, soll das Weihnachtsgeld komplett gestrichen werden. Zur Erinnerung: Per Ende 2010 lag der Wert bei 10,64. Wie dem Vernehmlassungsbericht aber zu entnehmen ist, wird diese Massnahme zumindest «derzeit nicht näher in Betracht gezogen». Nicht zuletzt auch deshalb, weil dieser Vorschlag im Landtag wohl keine Mehrheit finden würde. Die FBP spricht sich jedenfalls vehement gegen Pläne der Regierung aus, den mehr als 6000 Rentnern das Weihnachtsgeld streitig machen. «An unserer Meinung hat sich nichts geän-

dert. Mit uns ist eine Streichung des 13. AHV-Lohnes nicht zu machen», betonte FBP-Geschäftsführer Marcus Vogt gestern auf «Volksblatt»-Anfrage und verwies dabei auf Aussagen von Parteipräsident Alexander Batliner im Januar dieses Jahres.

FBP: Sozial verträglich sparen

«Die Sparmassnahmen der Regierung müssen sozial verträglich sein», hatte Batliner damals gefordert. «Wir dürfen nicht bei jenen anfangen zu sparen, denen wir zu einem überwiegenden Teil die Entwicklung und den Wohlstand unseres Landes während der letzten Jahrzehnte zu verdanken haben.» Diese Generation habe das Recht, den Ruhestand in gewohnter, erarbeiteter Wohlfahrt verbringen zu dürfen.